Die Oberbürgermeisterin

Niederschrift (Öffentlicher Teil)
Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.11.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Raum, Ort: Verw.Geb. Mozartstraße Raum 207, Mozartstraße 2-10, Aachen

Anwesenheitsliste
Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Ulla Griepentrog	anwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Jil Kelmes	
Daniel Hecker	anwesend
Monika Annette Wenzel	anwesend
Sebastian Becker	anwesend
Jörg Bogoczek	anwesend
Franca Braun	anwesend
Klaus-Dieter Jacoby	anwesend
Nathalie Koentges	anwesend
Johannes Rohé	Vertretung für: Doris Kurschilgen
Stefan Auler	anwesend
Inge Fischer	anwesend
Matthias Fischer	anwesend
Gisa Haring	anwesend
Pola Heider	anwesend
Conny Schmetz	Vertretung für: Lorenz Hellmann
Stefan Menzel	anwesend
Sabine Mensger-Jacobs	anwesend
Polly Zoworka	anwesend
Axel Schneider	anwesend

Mitarbeiter der Verwaltung

Name	Bemerkung
Heinrich Brötz	
Stefan Fagot	

Name	**Bemerkung**
Andre Kaldenbach	
Melanie Olbertz	

Schriftführung

Name	**Bemerkung**
Sarah Kuchenbecker	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	**Bemerkung**
Doris Kurschilgen	entschuldigt
Maik Rieger	entschuldigt
Lorenz Hellmann	entschuldigt
Beate Jonas-Frank	entschuldigt
Amina Smajic	entschuldigt
Heiko Winkler	entschuldigt

Ständige Gäste:

Jörg Funk	(Schulaufsicht der StädteRegion Aachen)
Ralf Sistermann	(Schulaufsicht der StädteRegion Aachen)
Helga Rohs	(AG Behindertenhilfe)

Tagesordnung
Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.08.2024	
3	Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von KJA und ASW am 08.10.2024 Eine Verlinkung zur Sitzung findet nicht statt. Bitte rufen Sie die Sitzung vom 08.10.2024 manuell auf, um die Niederschrift zu lesen.	
4	Bericht zu laufenden Schulbaumaßnahmen Es wird mündlich berichtet (siehe Anlage)	
5	Sachstandsbericht Kompetenzteam Schule digital, TO-Antrag der Fraktionen SPD und Grüne Es wird mündlich berichtet	
6	Verbesserung der energetischen Bilanz der Grundschule Horbach – Ratsantrag der Grüne-Fraktion vom 15.03.2022	**FB 45/0645/WP18**
7	Sachstand zum Startchancen-Programm	**FB 45/0644/WP18**
8	Sachstandsbericht KGS Auf der Hörn Die Unterlagen werden nachgereicht	**FB 45/0646/WP18**
9	Montessori-Gemeinschaftsgrundschule Mataréstraße: OGS-Erweiterungsbaumaßnahme sowie Mensa Die Unterlagen werden nachgereicht	**FB 45/0642/WP18**
10	Vorläufige Anmeldezahlen an den Aachener Grundschulen für das Schuljahr 2025/2026	**FB 45/0633/WP18**
11	Sachstand Schulentwicklungsplan Primarstufe – Ratsantrag vom 28.08.2024	**FB 45/0643/WP18**
12	Sachstandsbericht Zukunftsfonds	**FB 45/0638/WP18**
13	Stellungnahme zur Empfehlung des Integrationsrates vom 29.03.2023 zur Implementierung einer Antidiskriminierungsstelle für Diskriminierung im schulischen Bereich	**FB 45/0639/WP18**
14	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll
Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Vorsitzende vereidigt Frau Conny Schmetz als sachkundige Bürgerin der SPD. Sie wünscht ihr für die zukünftige Zusammenarbeit alles Gute.

Frau Heider beantragt, den TOP Ö6 zu vertagen, da es sich bei der Angelegenheit um einen bezirklichen Antrag gehandelt habe und die Vorlage daher auch zunächst dort beraten werden sollte, ehe sich der ASW mit der Thematik befasse.

Darüber herrscht Einvernehmen und die Tagesordnung wird entsprechend angepasst.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.08.2024

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:
Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 2 Enthaltungen

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von KJA und ASW am 08.10.2024

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:
Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 2 Enthaltungen

Zu 4 Bericht zu laufenden Schulbaumaßnahmen zur Kenntnis genommen

Herr Lambertz, Herr Schneiderwind und Herr Ganser vom städtischen Gebäudemanagement stellen die laufen-

den Schulbaumaßnahmen anhand einer Präsentation vor.

Frau Griepentrog bittet um eine Erklärung, aus welchen Gründen sich Vergaben im Allgemeinen derzeit verzögern würden. Bei der KGS Luisenstraße sei in der Vergangenheit schon öfters die Größe der Spielfläche diskutiert worden und nun gebe es neue Möglichkeiten. Sie erkundigt sich, ob es sich dabei um eine Parallelplanung handele oder ob dafür ein neuer politischer Beschluss nötig sei.

Frau Fischer bezieht sich auf die Verzögerungen am Montessori-Zentrum in Eilendorf. Sie habe in der vergangenen Woche an einem Elternabend teilgenommen. Die Schulgemeinschaft leide unter größter Not und die Interimslösung an der Barbarastraße sei zwischenzeitlich ebenfalls katastrophal. Die Bezirksvertretung Eilendorf habe bereits bezirkliche Mittel für außerschulische Aktivitäten freigegeben, um den Kindern kleinere Ablenkungen aus dem Baustellenalltag zu ermöglichen. Daher rufe sie auch die Mitglieder dieses Ausschusses zur Unterstützung auf. Beispielsweise sei der Schulhof derzeit nicht ideal, hier könnten Verbesserungen geschaffen werden. Auch stellt sie die Frage an die Verwaltung, welche weiteren Unterstützungsmöglichkeiten es für die Schule gebe und wie die Politik dabei helfen könne. Gemeinsam könne die dramatische Situation der Schule somit eventuell etwas entschärft werden.

Herr Fischer erkundigt sich nach der immensen Kostensteigerung im Bereich der Aula des Einhard-Gymnasiums. Dort würden die Kosten nun 5,8 Millionen Euro betragen, vor einiger Zeit hätten diese noch bei circa zwei Millionen Euro gelegen.

Herr Lambertz berichtet, dass vor etwa zwei Jahren die Vorschriften des Vergaberechtes insofern geändert worden seien, dass nun alle Gewerke und Planungshonorare zusammengefasst betrachtet würden und somit die Grenzwerte für eine unterschwellige Ausschreibung stets überschritten würden. Vor diesen Änderungen seien die Teilbereiche separat betrachtet worden und hätten unterschwellig ausgeschrieben werden können. Dies sei nun oftmals nicht mehr möglich und es müsse eine oberschwellige Ausschreibung erfolgen, was umfangreiche Verfahren mit sich bringe. Zudem gebe es oftmals keine Verhandlungsverfahren mehr, sondern stattdessen offene Verfahren. Diese seien jedoch gerade für kleinere Architekturbüros sehr aufwändig und nicht händelbar und somit würden viele Verfahren auch fruchtlos verlaufen. Daher habe sich das Gebäudemanagement dazu entschieden, die Verfahren zukünftig vermehrt selber zu betreuen, so könnte gegebenenfalls wieder etwas der verlorenen Zeit eingespart werden.
Zur Luisenstraße erläutert Herr Lambertz, dass die Spielfläche weiterhin auf dem Dach umgesetzt werden solle. Allerdings ergäbe sich dadurch eine potentielle Konfliktsituation mit dem Installieren einer Photovoltaikanlage. Daher würden aktuell Überlegungen bestehen, die PV-Anlage gegebenenfalls als Sonnendach zu verwenden. So könnten beide Interessen erfüllt werden.
Zur Frage nach der Kostensteigerung am Einhard-Gymnasium erklärt Herr Lambertz, dass neben der aufwändigen Innensanierung der Aula auch eine vollständige Fassadensanierung erfolge und daher seien die Kosten höher.

Herr Brötz ergänzt zur Situation in Eilendorf, dass die Situation der Schule tatsächlich schlecht sei. Eine solche Verkettung von mehreren unglücklichen Umständen habe er in seiner Zeit bei der Stadt Aachen noch nicht erlebt. Der Unmut und die angespannte Situation sei mehr als verständlich. Es werde derzeit versucht sowohl finanziell, als auch personell und organisatorisch alles zu ermöglichen, was die Situation kurzfristig verbessern könne. So würden beispielsweise Vergaben möglichst schnell bearbeitet, schulische Materialien vollständig ersetzt, Hilfe bei Umzügen angeboten, ein Waldtag finanziert, Elternbriefe formuliert und noch vieles weitere getan. Zudem sei auch das Gesundheitsamt der StädteRegion Aachen gebeten worden, eine umfangreiche Informationsmöglichkeit zum Thema Schimmelbelastung für die Eltern zu schaffen.

Herr Funk unterstützt die Aussagen von Herrn Brötz dahingehend, dass auch seitens der Schulaufsicht nach Möglichkeit personelle Ressourcen zur Unterstützung zur Verfügung gestellt würden.

Frau Griepentrog betont, dass es außerordentlich bewundernswert sei, was das Kollegium und die Schulgemeinschaft in dieser schweren Zeit leisten würden. Der Ausschuss würde alle Maßnahmen unterstützen, soweit das erforderlich sei. Darüber hinaus dankt sie dem Gebäudemanagement für die vorgestellte Präsentation und empfindet die Kommunikation und den Informationsfluss als deutlich verbessert.

Anlage 1 241128 fs_ml_ASW

Zu 5 Sachstandsbericht Kompetenzteam Schule digital, TO-Antrag der Fraktionen SPD und Grüne zur Kenntnis genommen

Herr Fagot berichtet, dass direkt im Anschluss an die politischen Beratungen im Juni 2021 eine Auftaktveranstaltung für das Kompetenzteam stattgefunden habe mit dem Ziel, die aufkommenden Themen im Bereich der Schuldigitalisierung zu bündeln und somit Schnittstellen zu reduzieren. Dabei seien auch alle weiteren Förderprogramme neben dem DigitalPakt mit in den Blick genommen worden. Das Team aus Mitarbeitenden der Bereiche Dezernat IV, FB 45, FB 15, E 26, regio IT und EZdB habe sich bei Bedarf getroffen und Sachstände der einzelnen Bereiche abgeglichen. Dafür sei eine Excelliste geschaffen worden die mittels einer Cloud allen Beteiligten zur Bearbeitung zur Verfügung gestellt worden sei. Diese Form der Zusammenarbeit habe es bis circa Ende 2022 gegeben, zu dem Zeitpunkt sei auch die erste Fördersäule des DigitalPaktes weitestgehend abgeschlossen gewesen. Danach habe die Arbeit des Kompetenzteams zunächst geruht, da der Schulträger auf die weiteren Förderbescheide gewartet habe. Im Mai 2023 habe das Kompetenzteam seine Arbeit wieder aufgenommen, da zu diesem Zeitpunkt die weiteren Fördersäulen hätten weiterbearbeitet werden können. Dann seien die Schulen unter anderem mit der Präsentationstechnik ausgestattet worden. Dies sei in Zusammenarbeit mit der ausführenden Firma sehr gut gelungen. In der Zwischenzeit seien auch immer wieder neue Themen rund um die Schuldigitalisierung mit neuen Anforderungen aufgekommen, beispielsweise der neue Leistungsschein mit der regio IT, zu denen Arbeitsgruppen in unterschiedlichen Zusammensetzungen gebildet worden seien. So sei parallel noch die AG Schuldigitalisierung gegründet worden, da zwischenzeitlich auch eine hohe Expertise an den Schulen entstanden sei auf welche die Verwaltung gerne zurückgegriffen habe. Die AG tage seither regelmäßig ein Mal pro Quartal.

Herr Becker dankt Herrn Fagot für die Ausführungen und erläutert, dass der Tagesordnungsantrag eben genau auf diese Informationslücke abgezielt habe und die Zeit nach Ende 2022 somit erklärt worden sei.

Herr Rohé berichtet, dass die Stimmung an den Schulen mitunter zu Beginn der Digitalisierungsmaßnahmen nicht immer sehr gut gewesen sei und so sei es enorm wichtig gewesen, dass das Kompetenzteam und jetzt auch die AG Schuldigitalisierung gegründet worden seien. So seien Herausforderungen diskutiert und geklärt worden. Die Digitalisierung stelle die Schulen zwar immer noch vor einige Hürden, aber mittlerweile sei der Umgang mit diesen Themen deutlich verbessert, was sehr erfreulich sei.

Herr Auler erläutert, dass es in Aachen eine sehr vielfältige Schullandschaft gebe und somit auch viele verschiedene Bedarfe im Bereich der Digitalisierung bestünden. Durch die gefassten Maßnahmen haben diese sehr gut kanalisiert und bearbeitet werden können und dafür möchte er allen Beteiligten danken.

Anlage 1 230c Grüne, SPD TO-AT SchulA - Sachstandsbericht Kompetenzteam Schule digital

Zu 6 Verbesserung der energetischen Bilanz der Grundschule Horbach – Ratsantrag der Grüne-Fraktion vom 15.03.2022
vertagt
FB 45/0645/WP18

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu 7 Sachstand zum Startchancen-Programm
zur Kenntnis genommen
FB 45/0644/WP18

Herr Rohé empfindet es als sehr positiv, dass Schulen mit diesem Programm weiter gestärkt würden, die ohnehin schon mit vielen verschiedenen Herausforderungen konfrontiert seien. Auch empfindet er es als sehr begrüßenswert, dass die Förderung auf einen längeren Zeitrahmen angelegt worden sei. Er wünsche sich jedoch weniger Kontrolle und mehr Vertrauen durch die Landesregierung in die Akteure vor Ort, denn die wüssten, für welche Bereiche die Fördermittel am besten eingesetzt werden könnten. Zudem erkundigt er sich, ob die Fördermittel mit bestehenden Geldern verrechnet werden müssten.

Herr Becker bezeichnet das Programm ebenfalls als große Bereicherung für die Schulen. In der dritten Säule des Programms sei auch zusätzliches Personal vorgesehen, jedoch nicht die entsprechend benötigte Ausstattung für dieses. Das sei sehr schade und stelle einen weiteren Handlungsdruck dar. Er erkundigt sich daher bei der Verwaltung, wie mit diesem Defizit umgegangen werden soll.

Herr Kaldenbach begrüße das Förderprogramm insgesamt sehr, auch dass es für mehrere Jahre angelegt sei. Die Verwaltung befinde sich bereits in der Umsetzung und müsse daher viele Fragestellungen ad hoc bearbeiten. Die Frage nach der fehlenden Ausstattung für das zusätzliche Personal sei daher berechtigt. Hier versuche die Verwaltung mit kreativen Lösungsansätzen vor Ort zu handeln. Jedoch müssten dafür auch Haushaltsmittel in den kommenden Jahren bereitgestellt werden. Zudem sei noch nicht geklärt, für welche Bereiche die Investitionsmittel verwendet würden. Hier stünde noch einiges an Arbeit an. Jedenfalls würden die Fördermittel des Chancenbudgets mit keinen bestehenden Geldern verrechnet, sondern würden zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Zu 8 Sachstandsbericht KGS Auf der Hörn
ungeändert beschlossen
FB 45/0646/WP18

Herr Gholami stellt die Planungsergebnisse anhand einer Präsentation vor.

Herr Auler erkundigt sich, ob die Kostensteigerung von rund drei Millionen Euro alleine aus den Vorgaben des Denkmalschutzen resultiere oder ob es dafür noch andere Gründe gebe. Zudem möchte er wissen, wie diese Kosten in der Bilanz des Gebäudemanagements erfasst würden.

Herr Rohé habe in einem Gespräch mit der Schulleitung erfahren, dass diese mit der aktuell vorliegenden Planung zufrieden sei und dass die Zusammenarbeit mit den Beteiligten sehr gut funktioniert habe. Nun habe der den Wunsch, dass es keine weiteren Verzögerungen im Ausschreibungsverfahren mehr gebe.

Herr Bogoczek lobt die Integration des Neubaus in die Optik des Bestandsgebäudes. Er stellt sich die Frage, ob hierbei die Brandschutzvorgaben beachtet worden seien.

Herr Fischer erkundigt sich, ob in der Gesamtsumme auch die Kosten des Auslagerungscontainers beinhaltet seien.

Herr Gholami bejaht die beiden vorangegangenen Fragen von Herrn Bogoczek und Herrn Fischer. Zu der Kostensteigerung hätten mehrere Aspekte beigetragen. Die erste Planung inklusive Kostenschätzung sei bereits vor drei Jahren aufgestellt worden und seither hätten sich viele Veränderungen ergeben und die aktuelle Planung sei ganz anders strukturiert und beinhalte unter anderem den Interimscontainer und den Rückbau des Dachgeschosses.

Herr Schneiderwind ergänzt, dass durch den Rückbau nun auch mehr Fläche zur Verfügung stünde, um die Zielwerte der Flächenraumorientierung zu erfüllen. Zur Bilanzierung der Kosten im Rahmen des Denkmalschutzes

erklärt er, dass er diese Frage nicht ad hoc beantworten könne und die Informationen im Rechnungswesen erfragen und nachliefern würde. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Niederschrift lag noch keine Antwort vor.

Herr Auler kann die Kostensteigerung nachvollziehen, auch wenn sie nicht zu begrüßen sei. Er schlägt zudem vor, die Planungen auch dem Planungsausschuss zur Kenntnis vorzulegen. Dieser könne gegebenenfalls im Bereich des Denkmalschutzes noch Alternativen aufzeigen.

Herr Schneiderwind ist der Meinung, dass es sich heute nur um einen Sachstandsbericht handele, der nicht auch noch dem PLA vorgelegt werden müsse.

Herr Brötz ergänzt, dass der PLA üblicherweise erst vor Abschluss der Leistungsphase drei beteiligt werde, jedoch gebe es bei diesem Vorhaben die Besonderheiten im Bereich des Denkmalschutzes und die damit verbundene Kostensteigerung, was eine frühzeitigere Beteiligung möglicherweise rechtfertigen würde.

Herr Schneiderwind erklärt, dass für das Dachgeschoss ursprünglich Dachfenster vorgesehen seien, nun hätten sich die Gegebenheiten geändert und dies sei in der Leistungsphase Null noch nicht absehbar gewesen. Durch das Erfordernis, Dachgauben statt Fenster einzubauen, resultiere ein nicht genehmigungsfähiger Eingriff in den Denkmalschutz.

Herr Fagot merkt an, dass der ASW den heutigen Beschluss vorbehaltlich der Empfehlung der BV Aachen Mitte fasse und so könne eine indirekte Beteiligung des PLA noch im Rahmen der BV-Sitzung erfolgen. Die Fraktionen könnten ihre planungspolitischen Sprecher*innen gegebenenfalls für die Thematik sensibilisieren und mögliche Bedenken in der BV-Sitzung zu Protokoll geben. So sei eine fachkundige Betrachtung der Angelegenheit noch gewährleistet, ohne einen zeitlichen Verzug zu riskieren.

Darüber herrscht Einvernehmen im Ausschuss.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt sie vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte, die Planungen der vorgestellten Alternative bis zur Leistungsphase 3 gemäß HOAI fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 9 Montessori-Gemeinschaftsgrundschule Mataréstraße: OGS-Erweiterungsbaumaßnahme sowie Mensa

ungeändert beschlossen
FB 45/0642/WP18

Herr Platen stellt das Vorhaben anhand einer Präsentation vor.

Herr Fischer gibt zu bedenken, dass die Schule bereits seit acht Jahren auf den Erweiterungsbau warte und die heute vorliegende Planung sei ein enormer Schritt nach vorne. Bei der ersten Planung habe es noch viel Unmut unter anderem über die integrierte Wohnbebauung gegeben und es sei die Aufstockung um ein weiteres Geschoss gebeten worden. Nun würden die Planungen ein Obergeschoss mit der Möglichkeit der Aufstockung geben, dies hätte er sich direkt gewünscht. Der auf dem Schulgelände befindliche Pavillon sei schon sehr alt und voraussichtlich bald abgängig, sodass das zweite Obergeschoss aus seiner Sicht schon bald benötigt werde. Mit der Schulleitung sei auch über die Kellersanierung gesprochen worden, hier könnten durch Trockenlegen zwei weitere Räume gewonnen werden, dies wird jedoch aufgrund von Kostenersparnis vermieden. Hier sehe er in jedem Fall Nachbesserungsbedarf.

Frau Griepentrog ist der Meinung, dass es vielmehr erfreulich sei, wenn Kosten reduziert werden könnten.

Frau Heider empfindet die Planungen als sehr gelungen und anschaulich. Nach den vielen Diskussionen sei sie froh, dass die Maßnahme nun endlich umgesetzt werde. Sie erkundigt sich explizit nach den Gründen der Kosteneinsparung und nach der Idee der Fassadenbäume.

Herr Auler dankt der Verwaltung für die guten Planungen, merkt jedoch das enge Zeitfenster an. Es dürfe nun kaum mehr zu Verzögerungen kommen, daher sollten Überlegungen wie der Kellerausbau zunächst nicht berücksichtigt werden, um den bestehenden knappen Zeitplan nicht zu gefährden.

Herr Becker freut sich ebenfalls über die Planungen und empfiehlt, die Trockenlegung des Kellers nicht aus dem Augen zu verlieren und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

Herr Kaldenbach erläutert, dass die Baumaßnahme in der Tat sehr ambitioniert sei, jedoch sei er der Meinung, dass es durchaus zu schaffen sei. Zudem versuche die Verwaltung derzeit noch investive OGS-Fördermittel abzurufen, um die Maßnahme damit teilweise finanzieren zu können. Intern befinde sich die Verwaltung in einer guten Abstimmung und es werde versucht, Risiken zu minimieren, um die Arbeiten gegebenenfalls an mancher Stelle zu beschleunigen.

Herr Platen berichtet, dass die Idee der Fassadenbäume bereits an der GGS in Walheim umgesetzt worden sei und die Pflanzen dort schon begutachtet werden könnten. Der Keller an der MGS Mataréstraße müsse in der Tat noch in den Blick genommen werden, eine weitere Potentialfläche gebe es noch im Dachgeschoss. Dies seien dann jedoch neue Projekte. Der Pavillon sei ebenfalls auf lange Sicht zu bewerten. Die dortigen OGS-Räume könnten gegebenenfalls bei Bedarf durch eine Aufstockung um ein weiteres Geschoss ersetzt werden. Der Neubau sei unter anderem durch die Andockung an das Bestandsgebäude und durch den Verzicht einer Sanierung des Dachgeschosses insgesamt etwas günstiger geworden.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** nimmt die Entwurfsplanung sowie die Kostenberechnung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss, die Planung in den Leistungsphasen 4 (Genehmigungsplanung), 5 (Ausführungsplanung), 6 (Vorbereitung der Vergabe) fortzuführen

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 10 Vorläufige Anmeldezahlen an den Aachener Grundschulen für das Schuljahr 2025/2026 zur Kenntnis genommen FB 45/0633/WP18

Frau Griepentrog weist auf die ausgelegten Anmeldezahlen hin.

Frau Fischer merkt an, dass es zwischen den Anmeldungen und den Zügigkeiten der einzelnen Schulen teilweise große Differenzen gebe und fragt, wie die Verwaltung damit umgehe.

Herr Kaldenbach erklärt, dass die Zügigkeiten der Schulen festgelegt seien und in enger Abstimmung mit der Schulaufsicht geschaut werde, an welchen Schulen möglicherweise durch Mehrklassenbildung nachgesteuert werden könne. Die entsprechende Vorlage mit den tatsächlichen Aufnahmen werde die Verwaltung dann im März nächsten Jahres vorlegen.

Herr Schneider ist erstaunt über die geringe Zahl der Anmeldungen an der Grundschule in Bildchen. Die Schule habe seiner Wahrnehmung nach auf einen Anstieg der Anmeldezahlen gehofft, nicht nur aufgrund des Neubaus. Die dreieins Schule sei im ASW bereits kontrovers diskutiert worden, die Schule habe sogar den Wunsch nach einem größeren Gebäude geäußert um die Zügigkeit zu erhöhen, nun habe die Schule nur 15 Anmeldungen.

Herr Brötz berichtet, dass es mit dem Träger „dreieins“ in der Vergangenheit mehrere Gespräche bezüglich der

Anmietung eines städtischen Gebäudes gegeben habe, jedoch verfüge die Stadt über kein Schulgebäude, dass in städtischen Planungen keine Rolle mehr spiele und somit für eine externe Vermietung angeboten werden könne. Die Idee eines Neubaus habe sich auch nicht weiter konkretisiert. Die aktuellen Räume der Schule sollten ursprünglich aufgrund von Eigenbedarf des Vermieters gekündigt werden, dies sei jedoch seines Wissens nach bisher noch nicht erfolgt. Jedenfalls würde die aktuelle Anmeldezahl eine Zweizügigkeit nicht rechtfertigen. Bezüglich der Grundschule Bildchen äußert Herr Brötz, dass sich die Sozialstruktur des Viertels bereits positiv verändert habe und es eine breitere soziale Mischung gebe. Dadurch würden dort aber tendenziell auch weniger kinderreiche Familie wohnen. Er betont jedoch, dass der Schulstandort in jedem Fall gehalten werde auch wenn die Anmeldezahlen nicht weiter ansteigen würden.

Herr Funk ergänzt, dass das Annehmen von Veränderungen in einem Stadtteil seiner Erfahrung nach öfters erst nach einiger Zeit erfolge und nicht unmittelbar. Die neue Sozialstruktur könnte eventuell nachteilig für die Schule sei, jedoch gebe es in dem Bereich oft auch noch spätere Anmeldungen, zumal auch noch 258 Kinder in Aachen unangemeldet seien. Das neue Gebäude und das Kollegium in Bildchen seien jedenfalls sehr positiv eingestimmt.

Herr Menzel sorgt sich aufgrund der hohen Zahl an Erstklässlern insgesamt, denn diese würden in vier Jahren auf die weiterführenden Schulen im Stadtgebiet wechseln und dort gebe es laut seiner Berechnung eventuell nicht genug Schulplätze. Dies müsse gut beobachtet werden.

Frau Griepentrog berichtet von einem interfraktionellen Austausch zu unter anderem der Thematik der Schülerprognosen für die kommenden Jahre. Die Verwaltung werde in der ersten Sitzung im kommenden Jahr dazu eine Vorlage in den Ausschuss einbringen.

Zu 11 Sachstand Schulentwicklungsplan Primarstufe – Ratsantrag vom 28.08.2024
zur Kenntnis genommen
FB 45/0643/WP18

Herr Kaldenbach erläutert, dass der Zeitplan für die Erstellung des SEP Primar ein ambitioniertes Vorhaben darstelle und die umfangreiche Beteiligung zwar enorm wichtig, jedoch auch mit erheblichem Aufwand verbunden sei. Er ist überzeugt, dass seine Mitarbeitenden diese Aufgabe sehr gut meistern werde.

Frau Heider dankt der Verwaltung für die Übersicht. Sie empfindet es als schwierig einen langfristigen Plan zu erstellen bei all den Unwägbarkeiten der aktuellen Zeit. Die intensive Beteiligung sei aus ihrer Sicht sehr wichtig um die Schullandschaft stabil zu gestalten.

Frau Rohs bittet bei der Erstellung des SEP besonders darauf zu achten, dass die inklusiven Schulplätze besser im Stadtgebiet verteilt werden. Im westlichen Teil der Stadt gebe es momentan sehr wenige inklusive Schulplätze und die Eltern müssten mit ihrem Kind oft weite Wege in Kauf nehmen, wenn sie einen Schulplatz an einer Regelschule in Anspruch nehmen möchten. Oft würden sich die Familien dann doch für eine Förderschule entscheiden, da dort ein Fahrdienst eingerichtet sei.

Herr Auler empfindet die geplante Beteiligungsform als einen massiven Fortschritt zu den bisherigen Planwerken. Sie sei sehr umfassend und mehrstufig und so werde auch eine inhaltliche Beteiligung ermöglicht. Das sei sehr erfreulich. Auch die Anhörung der Bezirksvertretungen müsse frühzeitig in den Prozess einfließen.

Herr Funk lobt die Verwaltung für die hervorragende Planung und er freue sich schon auf die gemeinsame Arbeit. Die „blinden Flecken“ im Bereich der Inklusion seien auch der Schulaufsicht durchaus bekannt und das Problem werde bereits mit dem Schulträger angegangen um die Herausforderungen für die Familien zu reduzieren.

Zu 12 Sachstandsbericht Zukunftsfonds
ungeändert beschlossen
FB 45/0638/WP18

Frau Heider merkt an, dass einige Mittel nicht abgerufen worden seien. Dennoch plädiert sie dafür, den Fonds auch im kommenden Jahr mit der vollen Summe zu belassen und an dieser Stelle kein Einsparpotential zu sehen.

Herr Becker empfindet den Zukunftsfonds als sehr wichtig und notwendig für viele Familien in Aachen, welche beispielsweise nicht für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket berechtigt aber dennoch bedürftig seien. Daher plädiere er ebenfalls dafür, den Fonds in seinem bisherigen finanziellen Umfang unbedingt beizubehalten. Bezüglich der Frage, warum der Fonds nicht vollständig ausgeschöpft werde, sei er der Meinung, dass die Möglichkeit des Zukunftsfonds möglicherweise nicht bekannt genug sei. Es bestehe sowohl bei den Eltern, als auch bei den Schulen ein Informationsdefizit. Daher halte er es für erforderlich, eine umfangreiche Informationskampagne zu starten, an welcher sich neben der Verwaltung auch die Politik beteiligen müsse. Zudem seien die Informationen zum Fonds nicht auf der Internetseite der Stadt Aachen abrufbar, hier müsse dringend nachgesteuert werden.

Herr Auler betont, dass der Zukunftsfonds inhaltlich schon sehr breit aufgestellt sei und so sei es zu begrüßen, wenn der Bekanntheitsgrad noch gesteigert würde. Er schlägt vor, gegebenenfalls den Teil für die Klassenfahrten in einem separaten Fonds anzubieten, weil auch der Name „Zukunftsfonds“ eventuell verwirrend sein könnte. Die Eltern würden demnach nicht ableiten, dass Klassenfahrten aus diesem Fonds finanziert werden können.

Frau Griepentrog ergänzt, dass die Antragstellung sehr einfach und niederschwellig sei und daher kein Grund für die Nichtinanspruchnahme sein könne. Ihrer Wahrnehmung nach seien die Schulen durch die vielen verschiedenen Fonds und Fördermöglichkeiten, auch insbesondere nach Corona, stark ausgelastet und dadurch auch sehr ermattet durch das ganze Prozedere.

Herr Grundmann betont, dass nicht die Eltern direkt, sondern die Schulen den Antrag auf Förderung aus dem Zukunftsfonds stellen müssten. Es seien schon verschiedene Aktivitäten durchgeführt worden um die Bekanntheit zu steigern, eventuell ist die Sättigung tatsächlich auch ein Grund.

Beschluss:
Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt den FB 45 die Zugangsvoraussetzungen zur Inanspruchnahme des Zukunftsfonds zu überarbeiten und entsprechende Vorschläge dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 13 Stellungnahme zur Empfehlung des Integrationsrates vom 29.03.2023 zur Implementierung einer Antidiskriminierungsstelle für Diskriminierung im schulischen Bereich
zur Kenntnis genommen
FB 45/0639/WP18

Herr Fischer teilt die Darstellung der Verwaltung, dennoch sei eine unabhängige Beratungsstelle, welche nicht bei der Verwaltung angesiedelt sei, durchaus sinnvoll. Diese könnte beispielsweise durch einen freien Träger geschaffen werden. Im Schulwesen gebe es das Thema der Diskriminierung an vielen Stellen, auch bei den Lehrenden. Die Schulsozialarbeit könne an dieser Stelle nur teilweise unterstützen.

Herr Auler weist darauf hin, dass es eine solche Stelle beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gebe. Dort könnten sich Betroffene melden und die Anfrage würde anonymisiert an das Schulamt oder die Schulaufsicht der Behörde weitergeleitet.

Zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Fagot berichtet, dass der Umzug der GGS Malmedyer Straße in die neuen Räumlichkeiten sehr positiv verlaufen sei. Der neue Schulstandort werde durch die Schulgemeinschaft sehr gut angenommen.

Ulla Griepentrog
Ausschussvorsitzende

Sarah Kuchenbecker
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin